

BMI - III/A/6 (Abteilung III/A/6)
BMI-III-A-6@bmi.gv.at

Mag. Robert Gartner
Sachbearbeiter/in

Robert.Gartner@bmi.gv.at
+43 1 53126 909603
Herrengasse 7, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an BMI-III-A-6@bmi.gv.at zu richten.

Im Rahmen der elektronischen Zustellung ist das BMI
unter der ERSB-ON 9110006619920 adressierbar.

An

1. das Kuratorium für
Verkehrssicherheit
2. gemäß 1. WaffV eingetragene
Waffenpsychologen

nachrichtl.: Berufsverband Österreichischer
Psychologinnen und Psychologen

Geschäftszahl: 2025-0.762.443

WaffG; 1. WaffV; Begutachtungen; § 58 Abs. 38; Informationsfluss zwischen Waffenbehörden und Begutachtungsstellen

Mit BGBl. I 56/2025 wurde das WaffG umfangreich novelliert.

Im Zusammenhang mit der Erstellung von klinisch-psychologischen Gutachten gemäß § 8
WaffG ist die Übergangsbestimmung des § 58 Abs. 38 WaffG zu beachten.

§ 58 Abs. 38 WaffG tritt mit 1. November 2025 in Kraft.

Die Bestimmung lautet wie folgt:

§ 58 (38) Bis zum gemäß § 62 Abs. 22a kundzumachenden Zeitpunkt hat der Betroffene im Zuge der Antragstellung die Ergebnisse gemäß § 55a Abs. 1a WG 2001 beizubringen. Dies gilt nicht, sofern der Antragsteller nachweist, dass er über die notwendige Eignung zum Präsenz- oder Ausbildungsdienst verfügt, den Wehrdienst oder den Zivildienst bereits geleistet hat oder nicht wehrpflichtig gemäß Art. 9a Abs. 3 B-VG ist. Sofern die Ergebnisse gemäß § 55a Abs. 1a WG 2001 für die Erstellung eines Gutachtens, ob der Antragsteller dazu neigt, insbesondere unter psychischer Belastung mit Waffen unvorsichtig umzugehen oder sie leichtfertig zu verwenden, erforderlich sind, hat die Behörde diese dem Gutachter zu übermitteln. Zu diesem Zweck hat der Betroffene im Zuge der Antragstellung den Gutachter bekanntzugeben. Diese Daten dürfen nur an den Gutachter zum Zweck der

Prüfung oder Überprüfung der Verlässlichkeit übermittelt werden. Die Daten sind nur für die unbedingt erforderliche Dauer aufzubewahren und, sofern diese für die Prüfung oder Überprüfung der Verlässlichkeit nicht mehr erforderlich sind, zu löschen. Sofern die Behörde die Ergebnisse gemäß § 55a Abs. 1a WG 2001 für die Gutachtenserstellung übermittelt, sind diese in dem Gutachten zu berücksichtigen.

Die Bestimmung sieht aus dem Blickwinkel der waffenpsychologischen Begutachtungsstellen nachstehende Ablauforganisation vor:

1. Männliche Antragsteller, die die österr. Staatsbürgerschaft besitzen und um eine waffenrechtliche Urkunde (Waffenbesitzkarte oder Waffenpass) ansuchen, haben in ihrem Antrag gegenüber der Waffenbehörde eine waffenpsychologische Begutachtungsstelle bekannt zu geben, bei der sie beabsichtigen, eine waffenpsychologische Untersuchung durchführen zu lassen. Dazu wird regelmäßig im Vorfeld eine Kontaktaufnahme mit dem Waffenpsychologen erforderlich sein, um insbesondere organisatorische und terminliche Fragen abzuklären.
2. In der Folge wird im waffenrechtlichen Verfahren festgestellt, ob der Antragsteller über die notwendige Eignung zum Präsenz- oder Ausbildungsdienst verfügt oder den Wehrdienst oder den Zivildienst bereits geleistet hat.

Das Ergebnis dieser Überprüfung wird im Falle, dass dieses für die Erstellung eines Gutachtens erforderlich ist, der bekannt gegebenen Begutachtungsstelle übersendet. Dies bedeutet, dass eine Information übermittelt wird, wenn der Antragsteller im Ergebnis bei der Stellung aufgrund psychologischer Auffälligkeiten „untauglich“ war. Eine Benachrichtigung über einen Nachweis der „Tauglichkeit“ ist nicht vorgesehen.

3. Die Begutachtung hat derzeit noch nach den bisher geltenden Regelungen der 1. WaffV zu erfolgen. Zu beachten ist, dass im Falle von der Waffenbehörde bekannt gegebenen Zweifel an der Verlässlichkeit („Untauglichkeit“) nach ho. Rechtsansicht jedenfalls eine erweiterte Begutachtung (Phase 2) gemäß 1. WaffV zu erfolgen hat. Im Gutachten ist überdies anzuführen, ob bekannt gegebenen Umstände in die Begutachtung eingeflossen sind.

Die Übergangsregelung des § 58 Abs. 38 WaffG tritt außer Kraft, wenn eine Schnittstelle zwischen Bundesministerium für Inneres und Bundesministerium für Landesverteidigung hinsichtlich einer online Übermittlung der Ergebnisse der Stellung eingerichtet ist. Überdies wird angemerkt, dass die im Hinblick auf die Bestimmungen über die waffenpsychologische Begutachtung beabsichtigte Überarbeitung der 1. WaffV noch nicht abgeschlossen ist. Zu gegebener Zeit wird zu beiden Punkten ein gesondertes Informationsschreiben zur Verfügung gestellt.

17. Oktober 2025

Für den Bundesminister:

Mag. Olivia Aro-Wagerer, MSc

Elektronisch gefertigt

